

Redaktioneller Teil

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Das Wirtschaftsprogramm der Regierung — Das Zinsproblem — Die Lage im Buchgewerbe.]

Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen ist die entscheidende Frage, die gegenwärtig allem andern vorgeht, noch völlig in der Schwebe. Die Frage, ob die Vermeidung neuer Wahlen zum Reichstag möglich wird oder nicht.

Daß Neuwahlen die von allen so sehnlichst erwartete Anturbelung der Konjunktur hinauschieben, wenn nicht sogar für absehbare Zeit ausschließen würden, leuchtet nachgerade allen ein.

Diese Einsicht ist aber leider noch keine Gewähr dafür, daß die Austragung des politischen Machtkampfes, der mit dem Rücktritt Brüning's, wie wir damals an dieser Stelle sofort hervorhoben, eröffnet worden ist, unterbleibt. Noch immer scheint es in Deutschland mehr darauf ankommen zu sollen, wer das Steuer führen darf, als darauf, daß es richtig und vor allem kräftig und stetig geführt wird. Die Wirtschaft, und das heißt doch schließlich das ganze wirtschaftende und arbeitende deutsche Volk hat das Nachsehen und muß letzten Endes die Zeche bezahlen.

Jede deutsche Regierung, sie mag sein, welche sie wolle, findet heute vor, was die »Volkskonservative Stimme« kürzlich nur zu wahr so zusammenfaßte:

6¼ Millionen Arbeitslose, dazu 1 bis 1½ Millionen, die statistisch nicht erreichbar sind.

Eine Industrie, deren Beschäftigung bei den Produktionsgütern auf rund 30 Prozent, bei den Konsumtionsgütern, und das ist das Gefährliche an unserer Lage, auf rund 40 Prozent zusammengeschrumpft ist.

Ein Etat, dessen Positionen für Personal- und Sachleistungen auf den Stand von 1913 zusammengestrichen sind, obwohl der Lebenshaltungsindex den Stand von 1913 um etwa 25 Prozent überschreitet und die Löhne und Gehälter zu 25 Prozent als Steuern und Sozialleistungen an den Staat zurückfließen, sodaß praktisch das Lohnniveau im Verhältnis zu 1913 bei den Beamten und Angestellten halbiert ist. Ebenso sieht es bei den Erwerbslosenunterstützungen aus, die auf das Existenzminimum zusammengestrichen sind und zu 50 Prozent für Wohnungsmieten in Anspruch genommen werden. Wo also am Etat noch gespart werden kann, ist ziemlich unerfindlich.

Ein Geldumlauf von etwa 6 Milliarden, obwohl Handel und Industrie zur Zeit mit 2 Milliarden auskommen könnten, da der Warenumschlag zur Zeit auf etwa 30 Prozent zusammengeschrumpft ist, wie auch die Beschäftigungsziffern der oben genannten Industrie beweisen.

Eine in- und ausländische Verschuldung in Höhe von 50 bis 60 Milliarden Mark, effektiv verzinsbar zu dem enormen Zinssatz von 7—10 Prozent, die zudem absolut festgefroren ist und weder durch neue Ausland- noch durch Inlandkredite beweglich und für neue Aufgaben nutzbar gemacht werden kann.

Damit ist die Aufgabe, die der Führung des deutschen Volkes, sie mag kommen, woher sie wolle, gestellt ist, sofern sie nur wirklich den Wiederaufbau und die Sicherung der Zukunft Deutschlands als Ziel anerkennt, umrissen. An Vorschlägen und Plänen zur Lösung der schicksalsschweren Aufgabe fehlt es nicht. Jede Partei, jede berufsständische Interessenvertretung hat ihre eigenen Wünsche und Forderungen.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als der »Spitzenverband des sehnlichen deutschen Einzelhandels, der auf privatwirtschaftlicher Grundlage geführt wird, d. h. weder im Eigentum öffentlich-rechtlicher Stellen steht noch von solchen Vergünstigungen erhält«, hat vor kurzem, und zwar nach der Wahl des jetzigen Reichstags, der Öffentlichkeit ein umfassendes wirtschaftspolitisches Programm vorgelegt. Es ist aufgestellt auf Grund der Geschäftslage Anfang August 1932 und enthält — in präziser und knapper Form zusammengefaßt, wie das Berliner Tageblatt es ausdrückt — die Gedankengänge, die von Dr. Tiburtius schon seit längerer Zeit vertreten werden. Die Hauptgemeinschaft tritt danach für eine geregelte Ausübung des Kaufmannsberufes ein, d. h. für eine Freiheit, die durch die Normen der guten Standes Sitte und der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit begrenzt ist. Diese Regelung sei durch Stärkung des ehrlichen Wettbewerbes und durch Verhinderung unlauteren und mit der Auffassung des ordentlichen Kaufmanns nicht zu vereinbarenden Wettbewerbes durchzuführen. Hierzu gehören eine umfassende berufliche und fachliche Vorbildung zum Einzelhandelsberuf, vor allem aber die Förderung der betrieblichen Selbsthilfe. Buchführung und Bilanzbewertung durch sachkundige Wirtschaftsprüfer sollen als Grundlage für einen gesunden Personalkredit dienen. Zu einer Verbesserung der Kreditversorgung des Einzelhandels gehört ferner in erster Linie eine Verständigung mit den Banken über die Voraussetzungen eines erleichterten Personalkredits. Kreditgenossenschaften und Sparkassen seien durch die zentralen Bankinstitute in ihrem Streben nach Sicherheit und Liquidität zu unterstützen. Der Kreditweg der Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, namentlich der Verkehr mit der Reichsbank, sei abzukürzen und zu verbilligen. Wegen des großen deutschen Kapitalhungers müsse dem Kapital der Aufenthalt in Deutschland möglichst erleichtert werden durch geringe Besteuerung des Kapitalertrages und Vermeidung gewaltsamer Eingriffe in die Zinsbildung. Die Realbesteuerung sei nicht in erster Linie auf den Ertrag, sondern auf andere Merkmale (Umsatz, Lohnsumme, Kapital) aufzubauen. Die Gewerbesteuer sei als ungerechte Doppelsteuer grundsätzlich abzulehnen. Für den öffentlichen Haushalt werden der Abbau der Staatsaufgaben, Reform der Verfassung und Verwaltung, Aufhebung der Subventionen in jeder Form, weitgehende Verringerung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand und schließlich eine Reform der Finanzverwaltung der Gemeinden verlangt. Die gegenwärtige steuerliche Belastung, die durch das Übermaß staatlicher Aufgaben bedingt sei, hindere die Rettung der Wirtschaft aus der Krise. Man strebe eine Verminderung der Zahl und Größe der Parlamente, Beseitigung entbehrlicher Mittelinstanzen, Erweiterung der unteren Verwaltungsbezirke usw. an, vor allem aber Vereinfachungen bei der Erwerbslosenfürsorge durch Aufhebung der bestehenden Dreiteilung. Für die Gemeinden wird die Herstellung einer Musterhaushaltsordnung im Zusammenhang mit einer durchgreifenden Neuordnung des kommunalen Haushaltswesens und die Schaffung der Möglichkeit reichsrechtlicher Eingriffe in die Finanzgebarung der Kommunen als erforderlich hingestellt. Der Einzelhandel setze sich ferner für Aufrechterhaltung der »Realsteuer-Sperre« auch in den kommenden Rechnungsjahren und für Herstellung einer festen Relation zwischen Einkommens- und Real-Besteuerung ein. Die steuerlichen Bevorzugungen der Genossenschaften (Konsumvereine) seien aufzuheben. Abschließend wird bei den Forderungen zur Steuergesetzgebung, die u. a. noch eine Senkung der Einkommensteuer für die kleineren und mittleren Einkommensstufen, für die Umsatzsteuer beschleu-